

Dringliche Anfrage

Hannover, den 09.11.2020

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wird sich die Landesregierung für einen umfassenderen Infektionsschutz für Menschen in Sammelunterkünften einsetzen?

In Niedersachsen sind viele Menschen in Sammelunterkünften untergebracht. Für Obdachlose und Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer z. B. in der Fleischindustrie gibt es wenige Alternativen. Geflüchtete werden zunächst in der Landesaufnahmebehörde und viele anschließend auch in Kommunen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Die Sammelunterkünfte werden privat, von sozialen Organisationen oder der öffentlichen Hand betrieben. Trotz aller Hygienepläne ist der Infektionsschutz in vielen Unterkünften in der praktischen Umsetzung nur schwierig zu gewährleisten. Abstand zu halten ist angesichts der gemeinsamen Nutzung von Sozialräumen, Küchen, Toiletten und Waschräumen kaum oder nicht möglich.

Kommt es zu einem Infektionsgeschehen, müssen meist große Gruppen oder alle Bewohnerinnen und Bewohner in Quarantäne. Auch aus diesem Grund meiden z. B. Obdachlose häufig Sammelunterkünfte, zumal ihr Gesundheitszustand oft ohnehin schwierig ist.

Anfang November kam es in der Landesaufnahmebehörde in Celle zu einem Infektionsfall, woraufhin für alle Bewohnerinnen und Bewohner eine Massenquarantäne verhängt wurde, wie der Flüchtlingsrat Niedersachsen berichtet. In einer Mitteilung des Flüchtlingsrates heißt es weiter: „Nach Feststellung von fünf Infektionen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Oldenburg wurden im Oktober 2020 mehr als 160 Personen in Quarantäne genommen. (...) Auch in niedersächsischen Kommunen (u. a. Emsland, Gifhorn, Lüneburg, Harburg) wurden ganze Gemeinschaftsunterkünfte pauschal unter Quarantäne gestellt. Zuletzt verhängte beispielsweise der Landkreis Stade Ende Oktober eine Quarantäne für alle 65 Bewohnerinnen und Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft.“ Von den Quarantänemaßnahmen sind regelmäßig auch Kinder und Jugendliche betroffen.

Nicht nur die Situation durch das Infektionsgeschehen führt zu schwierigen Situationen in den Sammelunterkünften, die Planungen des Bundesinnenministeriums, in Kürze erneut Sammelabschiebungen nach Afghanistan vorzunehmen, führt nach Aussagen möglicher Betroffener zu weiteren, erheblichen Verunsicherungen

Die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe des Landtags hat in ihrer letzten Sitzung eine Resolution verabschiedet, in der verschiedene Maßnahmen für einen besseren Infektionsschutz für Obdachlose, Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer und Geflüchtete gefordert werden, u. a. eine verstärkte Einzelunterbringung in freien Wohnungen, Ferienunterkünften oder Ferienheimen, sowie ein besonderer Schutz für Risikogruppen in den betroffenen Einrichtungen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Obdachlose, Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer und Geflüchtete leben derzeit in Niedersachsen in Sammel- oder Gemeinschaftsunterkünften (bitte differenzieren nach Statusgruppen, Landkreisen bzw. kreisfreien Städten sowie privater, kommunaler bzw. Landesverwaltung)?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher unternommen, um den Infektionsschutz für die genannten Gruppen in den Unterkünften zu verbessern?
3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung kurzfristig konkret ergreifen, um insbesondere Risikogruppen in den Einrichtungen besser zu schützen und Kindern und Jugendlichen weiter eine angemessene soziale Teilhabe zu ermöglichen?

Helge Limburg

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 09.11.2020)